

# Steuern in der Schweiz behalten

Am 18. Juni geht es ans Eingemachte. Mit einem Ja zur OECD-Steuerreform stellen wir sicher, dass die zusätzlichen Einnahmen der Schweiz zugutekommen.

Magdalena Martullo-Blocher

Im Juni stimmen wir über die unvermeidbare Einführung der OECD-Mindeststeuer ab. Damit können wir die Steuereinnahmen der Grossunternehmen in der Schweiz behalten. Die höheren Steuergelder fliessen hauptsächlich in die Kantone, wo sie für die Verbesserung der Standortqualität verwendet werden.

Die OECD-Steuerreform verlangt, dass international tätige Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 750 Millionen Euro mit einem Steuersatz von mindestens 15 Prozent besteuert werden. Darauf haben sich 140 Länder geeinigt. Hält ein Land sich nicht daran, dürfen die anderen Länder die fehlende Steuer einholen.

## Unerbittlicher Wettbewerb

In der Schweiz sind 2000 international tätige Unternehmen betroffen. Sie werden neu höher besteuert. Für die 600 000 rein national tätigen kleineren Unternehmen ändert sich nichts.



Sonst profitieren andere Länder:  
Unternehmerin Martullo-Blocher.

Mit einem Ja zur OECD-Steuerreform stellen wir sicher, dass die zusätzlichen Steuereinnahmen der Schweiz zugutekommen. Eine Erhebung der Schweizer Steuern durch das Ausland würde für die betroffenen Firmen einen grossen Zusatzaufwand bedeuten. Der Einfachheit halber und weil sie diese Steuern ja sowieso irgendwo

*Mit den zusätzlichen Steuern können die Kantone massgeschneiderte Standortverbesserungen beschliessen.*

bezahlen müssen, würden sie in diesem Fall Verlagerungen von Geschäftsaktivitäten ins Ausland in Betracht ziehen müssen. In diesem Fall würden sogar die gesamten Steuern ins Ausland abwandern.

Die Bedeutung dieser internationalen Unternehmen für die Schweiz ist gross. Mit ihren Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten, ihren hohen Löhnen, ihren Investitionen und ihren zahlreichen Aufträgen an lokale Unternehmen sind sie überproportional stark für die hohe Wertschöpfung in der Schweiz verantwortlich. Sie liefern aber auch Milliarden an Steuergeldern an den Bund und die Kantone ab.

Bedenkt man das hohe Lohn- und Kosteniveau in unserem Land, ist diese positive Entwicklung alles andere als selbstverständlich. Dass sich trotzdem viele potente Unternehmen hier niederlassen, verdanken wir unter anderem dem hohen Ausbildungsniveau, den schlanken Strukturen sowie der hohen Rechtssicherheit in unserem Land.

Aus eigener Erfahrung als Unternehmerin eines der betroffenen Unternehmen weiss ich, dass die erfolgreichen Grossfirmen international sehr begehrt sind – und dass sie andauernd von anderen Staaten umworben werden. Der internationale Standortwettbewerb hat sich über die letzten Jahre massiv verstärkt und ist unerbittlich.

Mit der OECD-Mindeststeuer werden die Kantone verpflichtet, ihre kantonalen Steuersätze für Grossfirmen zu erhöhen. Die Bundessteuer wird unverändert bleiben. Deshalb sollen

die erhobenen zusätzlichen Steuereinnahmen zu drei Vierteln den jeweiligen Kantonen und zu einem Viertel dem Bund zukommen.

Links-Grün kritisiert diese Aufteilung, sie hätten lieber die gesamten Steuern zum Bund geholt und dort ausgegeben. Mit der Erhöhung der Steuern verschlechtert sich aber in den Kantonen die Standortqualität für die Grossfirmen. Dank ihnen konnten der Bund und die meisten Kantone in den letzten Jahrzehnten stark wachsende Steuereinnahmen generieren und die eigenen Ausgaben steigern.

## Attraktiv bleiben

Die Schweiz muss auch weiterhin wettbewerbsfähig bleiben, trotz höchster Löhne, eines kleinen Absatzmarktes und hoher Logistikkosten. Deshalb sollen die Kantone den grössten Teil der zusätzlichen Steuern bekommen, damit sie massgeschneiderte Standortverbesserungen beschliessen können. Die zusätzlichen Mittel ermöglichen es ihnen, individuelle Massnahmen zu ergreifen, damit sie auch in Zukunft als attraktive Wirtschaftsstandorte punkten können. Dank des nationalen Finanzausgleichs profitieren dann alle Kantone von den Mehreinnahmen.

Mit der Vorlage verlieren die Kantone leider wiederum einen Teil ihrer Steuerhoheit im internationalen Umfeld, das ist bedauerlich. Wie bereits bei der Unternehmenssteuerreform III zwingt uns das Ausland, diese Steuererhöhung vorzunehmen, weil sonst andere Länder sie bei unseren Firmen erheben würden. Die Einführung der OECD-Mindeststeuer fordert die Kantone heraus. Ich bin aber überzeugt, dass sie die Herausforderung meistern werden und attraktiv bleiben. Denn hier geht es wirklich ans Eingemachte, um die Finanzierung unseres Staates, die vielen Arbeitsplätze und die hohe Wertschöpfung – nicht nur beim Bund, sondern vor allem auch in den Kantonen. Stimmen Sie deshalb am 18. Juni 2023 der Umsetzung der OECD-Mindeststeuer zu!

Magdalena Martullo-Blocher ist Nationalrätin der SVP und Delegierte des Verwaltungsrats der Ems-Chemie.